

N° 2746.

---

**ALLEMAGNE ET AUTRICHE**

Traité concernant les assurances  
sociales, avec protocole final.  
Signés à Berlin, le 5 février 1930.

---

**GERMANY AND AUSTRIA**

Treaty concerning Social Insurance,  
with Final Protocol. Signed at  
Berlin, February 5, 1930.

## TEXTE ALLEMAND. — GERMAN TEXT.

N<sup>o</sup> 2746. — VERTRAG<sup>1</sup> ZWISCHEN DEM DEUTSCHEN REICH UND DER REPUBLIK ÖSTERREICH ÜBER SOZIALVERSICHERUNG. GEZEICHNET IN BERLIN, DEN 5. FEBRUAR 1930.

*Texte officiel allemand communiqué par le consul général d'Allemagne à Genève. L'enregistrement de ce traité a eu lieu le 2 juillet 1931.*

*German official text communicated by the German Consul-General at Geneva. The registration of this Treaty took place July 2, 1931.*

DER DEUTSCHE REICHSPRÄSIDENT UND DER BUNDESPRÄSIDENT DER REPUBLIK ÖSTERREICH, von dem Wunsche geleitet, die in dem Übereinkommen zwischen dem Deutschen Reiche und der Republik Österreich über die Durchführung der Sozialversicherung im zwischenstaatlichen Verkehre<sup>2</sup> vom 8. Januar 1926 enthaltenen Vereinbarungen dem jetzigen Stande der Gesetzgebung beider Staaten anzupassen und zu ergänzen sowie die Anwendung der Grundsätze der Gegenseitigkeit auf die Invalidenversicherung der Arbeiter im Sinne des Schlussprotokolls vom 8. Januar 1926 vorzubereiten, haben zu ihren Bevollmächtigten ernannt :

DER DEUTSCHE REICHSPRÄSIDENT :

Den Vortragenden Legationsrat im Auswärtigen Amt Herrn Dr. Adolf SIEDLER und Den Ministerialrat im Reichsarbeitsministerium Herrn Dr. Johannes KROHN ;

DER BUNDESPRÄSIDENT DER REPUBLIK ÖSTERREICH :

Den Ministerialrat im Bundesministerium für soziale Verwaltung Herrn Dr. Robert KERBER.

Die Bevollmächtigten haben nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten folgendes vereinbart.

## A. ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN.

*Artikel 1.*

Dieser Vertrag bezieht sich auf

1. die Krankenversicherung der Arbeiter (einschliesslich Landarbeiter) und Angestellten,
2. die Unfallversicherung der Arbeiter (einschliesslich Landarbeiter) und Angestellten,

<sup>1</sup> L'échange des ratifications a eu lieu à Berlin, le 31 mars 1931.

Entré en vigueur le 1<sup>er</sup> avril 1931.

<sup>2</sup> Vol. LXII, page 95, de ce recueil.

<sup>1</sup> The exchange of ratifications took place at Berlin, March 31, 1931.

Came into force April 1st, 1931.

<sup>2</sup> Vol. LXII, page 95, of this Series.

3. die knappschaftliche Pensionsversicherung der Arbeiter und Angestellten im Deutschen Reich,
4. die Bruderladenprovisionsversicherung in Österreich,
5. die Invalidenversicherung der Arbeiter (einschliesslich Landarbeiter),
6. die Angestelltenversicherung im Deutschen Reich,
7. die Pensionsversicherung der Angestellten in Österreich.

*Artikel 2.*

1. Bei der Durchführung der in Artikel 1 bezeichneten Zweige der Sozialversicherung finden grundsätzlich die Rechtsvorschriften des Staates Anwendung, in dessen Gebiete die für die Versicherung massgebende Beschäftigung ausgeübt wird. Von dieser Regel gelten folgende Ausnahmen :

*a)* Werden Arbeitnehmer von einem Betriebe (Arbeitgeber), der in dem einen Staate seinen Sitz (Wohnsitz) hat, zu einer vorübergehenden Beschäftigung in das andere Staatsgebiet entsandt, so finden für die Dauer eines Jahres die Rechtsvorschriften des Staates Anwendung, in dem der Sitz des entsendenden Betriebes (Wohnsitz des Arbeitgebers) gelegen ist. Die Rechtsvorschriften dieses Staates gelten auch für eine Beschäftigung, die ihrer Natur nach einen wiederholten, in jedem einzelnen Fall ein Jahr nicht übersteigenden Aufenthalt im anderen Staatsgebiet erfordert.

*b)* Auf die Versicherung der Bediensteten

1. der in dem einen Staate bestehenden öffentlichen Verkehrsunternehmungen, die — sei es vorübergehend, sei es auf Anschlussstrecken oder in Grenzbahnhöfen dauernd — im Gebiete des anderen Staates beschäftigt sind,

2. von Betrieben des Deutschen Reichs, der deutschen Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände und von Betrieben der Republik Österreich, der österreichischen Bundesländer, Gemeinden und öffentlichen Fonds, die im Gebiete des anderen Staates beschäftigt sind,

finden die Rechtsvorschriften des Staates Anwendung, in dem die Stelle des Betriebes ihren Sitz hat, der solche Bedienstete in ihren Personalangelegenheiten unterstehen. Bei der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft, den Österreichischen Bundesbahnen und den beiderseitigen Postverwaltungen ist der Sitz der höheren Verwaltungsstelle massgebend.

Als Betrieb im Sinne der Bestimmungen unter *a)* und *b)* gilt auch eine Zweigniederlassung oder sonstige ständige Einrichtung, die ein Betrieb, der seinen Sitz in dem einen Staate hat, in dem anderen Staate begründet.

*c)* Auf die Versicherung, der Bediensteten der beiderseitigen diplomatischen und berufskonsularischen Vertretungen und der sonstigen amtlichen Stellen (Zollämter usw.) des einen Staates, die im anderen Staat ihren Sitz haben, finden die Rechtsvorschriften des entsendenden Staates Anwendung, wenn die Bediensteten diesem Staat angehören. Das gleiche gilt für die Versicherung von Bediensteten der Leiter und der Mitglieder und der sonstigen Beamten der genannten Stellen. In der Krankenversicherung gelten jedoch die Rechtsvorschriften des Empfangsstaates, wenn der Arbeitgeber (Dienstgeber) dies beantragt.

2. Von der in Abs. 1 vorgesehenen Regelung können die obersten Verwaltungsbehörden beider Staaten im Einvernehmen für den Einzelfall oder eine Gruppe von Fällen abgeben.

3. Fällt der in dem einen Staat eingetretene Unfall unter die Unfallversicherungsgesetze des anderen Staates, so gelten deren Vorschriften auch insoweit, als es sich um anderweitige Entschädigungsansprüche handelt, die wegen des Unfalls nach den Gesetzen des ersteren Staates geltend gemacht werden ; dies gilt auch, wenn ein Betrieb nur in einem der beiden Staaten der Unfallversicherungsgesetzgebung unterliegt. Diese Bestimmung ist auf die übrigen in Artikel 1 bezeichneten Zweige der Sozialversicherung entsprechend anzuwenden.

4. Ist nach vorstehenden Bestimmungen bei einem Betriebe (Arbeitgeber), der seinen Sitz (Wohnsitz) in dem einen Staat hat, das Recht des anderen Staates für eine Beschäftigung in diesem Staate massgebend, so ist die Beschäftigung im Sinne dieses Rechts einem Betriebe gleichzuachten.

5. Die Anwendung der Rechtsvorschriften des einen Staates gemäss Abs. 1, 2 und 4 hat auch zur Folge, dass die Träger, Behörden und Gerichte der Sozialversicherung dieses Staates für die Durchführung der Sozialversicherung zuständig sind.

6. Sind Beiträge an den Versicherungsträger des einen Staates entrichtet, obwohl sie an den Versicherungsträger des anderen Staates hätten entrichtet werden müssen, so gilt der erstere Versicherungsträger so lange als zuständig, bis ein Streit über die Zuständigkeit rechtskräftig entschieden ist. Die Herstellung des gesetzlichen Zustandes wirkt nur für die Zukunft.

7. Die Bestimmungen dieses Artikels gelten nicht für die Bemannung der die Donau befahrenden Schiffe (Schleppe usw.) und die sonstigen auf diesen Schiffen ständig beschäftigten Personen sowie für die Bemannung der Luftfahrzeuge. Die obersten Verwaltungsbehörden beider Staaten können die Versicherungszugehörigkeit dieser Arbeitnehmer durch Vereinbarungen regeln.

#### Artikel 3.

Die beiden Staaten stellen für die Leistungen aus den in Artikel 1 bezeichneten Zweigen der Sozialversicherung den eigenen Staatsangehörigen und ihren Hinterbliebenen die Angehörigen des anderen Staates und ihre Hinterbliebenen gleich.

#### Artikel 4.

1. Bei der Durchführung der in Artikel 1 bezeichneten Zweige der Sozialversicherung werden die Gerichte, Verwaltungsbehörden und Versicherungsträger des einen Staates den Gerichten, Verwaltungsbehörden und Versicherungsträgern des anderen Staates Rechts- und Verwaltungshilfe in demselben Umfange leisten, wie wenn es sich um die Durchführung der eigenen Sozialversicherung handelte. Insbesondere werden die Versicherungsträger des einen Staates auf Antrag in der gleichen Weise, wie wenn es sich um die Durchführung der eigenen Sozialversicherung handelte, die Fortdauer des Bezugsrechts von Personen prüfen, die von einem Versicherungsträger des anderen Staates Entschädigung beziehen, und ärztliche Untersuchungen besorgen. Ferner stellen die Behörden in demselben Umfange wie zur Durchführung der eigenen Sozialversicherung, in zweifelhaften oder eiligen Fällen auch von Amts wegen, dasjenige fest, was zur Aufklärung des Sachverhalts notwendig ist.

2. Abs. 1 gilt entsprechend für die Durchführung der österreichischen Krankenversicherung der Bundesbediensteten.

3. Für die Rechtshilfe gilt, sofern in diesem Vertrag nichts anderes bestimmt ist, der Vertrag<sup>1</sup> über Rechtsschutz und Rechtshilfe vom 21. Juni 1923 (Deutsches Reichsgesetzbl. 1924 II S. 55, Österreichisches Bundesgesetzblatt Nr. 138 ex 1924) entsprechend.

4. Forderungen von Versicherungsträgern des einen Staates aus Beitragsrückständen geniessen bei der Zwangsvollstreckung sowie im Konkurs- und Vergleichs- (Ausgleichs-) Verfahren im anderen Staate dieselben Vorrechte wie entsprechende Forderungen von Versicherungsträgern des letzteren Staates.

#### Artikel 5.

1. Für den Umfang des Ersatzes von Auslagen für Rechts- oder Verwaltungshilfe gemäss Artikel 4 gelten die Vorschriften des Staates, dem die hilfeleistende Stelle angehört.

2. Ersatzforderungen gemäss Abs. 1 werden, sofern nicht zwischen den beteiligten Stellen etwas anderes vereinbart ist, in dem Zeitpunkt fällig, in dem die Amtshandlung, die den Anlass

<sup>1</sup> Vol. XXVII, page 57, de ce recueil.

<sup>1</sup> Vol. XXVII, page 57, of this Series.

zur Entstehung der Auslagen gegeben hat, abgeschlossen ist. Die Forderungen sind binnen Monatsfrist nach Bekanntgabe in der Währung zu tilgen, in der sie entstanden sind. Bei Verzug sind sie mit sechs vom Hundert vom Tage der Fälligkeit an zu verzinsen.

#### Artikel 6.

Bei Einlegung von Rechtsmitteln in Angelegenheiten der in Artikel 1 bezeichneten Zweige der Sozialversicherung gelten die gesetzlichen Fristen auch dann als gewahrt, wenn das Rechtsmittel rechtzeitig bei einer für die Entgegennahme von Rechtsmitteln auf dem Gebiete der Sozialversicherung zuständigen Stelle des anderen Staates eingegangen ist. In diesen Fällen ist die Rechtsmittelschrift unverzüglich.

wenn eine deutsche Stelle zur Entscheidung über das Rechtsmittel zuständig ist, an das Reichsversicherungsamt in Berlin,

wenn eine österreichische Stelle zur Entscheidung zuständig ist, an das Bundesministerium für soziale Verwaltung in Wien

abzugeben. Die Rechtsmittelschrift kann auch unmittelbar an die zur Entscheidung über das Rechtsmittel zuständige Stelle abgegeben werden.

#### Artikel 7.

Die in dem einen Staate für die Durchführung der eigenen Sozialversicherung getroffenen Bestimmungen über Befreiungen oder Erleichterungen hinsichtlich der Stempel- oder Rechtsgebühren kommen in gleicher Weise auch der Durchführung der Sozialversicherung des anderen Staates zugute.

### B. BESONDERE BESTIMMUNGEN.

#### I. KRANKENVERSICHERUNG.

#### Artikel 8.

1. Soweit nach der innerstaatlichen Gesetzgebung die Gewährung von Leistungen ausserhalb des Staatsgebiets von der Zustimmung des Versicherungsträgers abhängt, bedarf es dieser Zustimmung für den Aufenthalt in einem dem Bezirke (Sprenkel) des zuständigen Versicherungsträgers benachbarten Grenzgebiete nicht.

2. Erkrankt ein Versicherter im anderen Staat ausserhalb des benachbarten Grenzgebiets (Abs. 1), so hat er Anspruch auf die ihm bei seinem Versicherungsträger zustehenden Leistungen der Krankenversicherung, solange er wegen seines Zustandes nicht in das Gebiet des Staates zururckkehren kann, in dem sein Versicherungsträger den Sitz hat.

3. Der innerstaatlichen Regelung bleibt es überlassen, zu bestimmen, ob die Leistungen vom Versicherungsträger unmittelbar oder zunächst durch den Arbeitgeber zu gewähren sind.

#### Artikel 9.

1. Beim Aufenthalt im Grenzgebiete kann der verpflichtete Versicherungsträger die Leistungen entweder selbst gewähren oder einen Träger der Krankenversicherung des anderen Staates um die Gewährung der Leistungen ersuchen. Der ersuchte Versicherungsträger hat die Leistungen nach Massgabe der Vorschriften zu gewähren, die für den ersuchenden Versicherungsträger gelten.

Dem ersuchten Versicherungsträger sind die tatsächlich verauslagten Kosten zu erstatten ; für die Erstattung der Kosten der Sachleistungen gelten dabei unbeschadet der Bestimmung in Artikel 10 die Gebührensätze, die der ersuchte Versicherungsträger für seine eigenen Berechtigten aufzuwenden hat. Artikel 5 Abs. 2 gilt entsprechend. Die beteiligten Versicherungsträger können Näheres vereinbaren.

2. Die beiderseitigen Versicherungsträger können Vereinbarungen nach den Grundsätzen des Abs. 1 auch für die Fälle treffen, in denen sie zur Gewährung von Leistungen nach Orten des anderen Staates ausserhalb des Grenzgebiets verpflichtet sind.

#### Artikel 10.

Bei Krankenhaus- (Anstalt-) Pflege im anderen Staatsgebiete zahlen auf die Dauer dieser Pflege, längstens jedoch bis zur Erschöpfung des Anspruchs auf Krankenpflege

a) die österreichischen Versicherungsträger die von der örtlich zuständigen deutschen Orts- oder Landkrankenkasse für eigene Versicherte zu zahlenden Kosten,

b) die deutschen Versicherungsträger (Arbeitgeber — Artikel 8 Abs. 3 —) die Verpflegungskosten der allgemeinen Gebührenklasse der in Betracht kommenden öffentlichen Heil- und Pflegeanstalt.

#### Artikel 11.

1. Personen, die zuletzt im Deutschen Reiche für den Fall der Krankheit versichert waren und in Österreich Arbeitslosen- (Stellenlosen-) Unterstützung beziehen, haben auf die Leistungen der österreichischen Krankenversicherung Anspruch, wie wenn sie zuletzt vor Eintritt der Arbeitslosigkeit (Stellenlosigkeit) in Österreich für den Fall der Krankheit versichert gewesen wären. Leistungspflichtig ist jener Träger der österreichischen Krankenversicherung, in dessen Sprengel der Aufenthaltsort des Unterstützungsbeziehers liegt und der nach der Art der letzten Beschäftigung desselben zwangszuständig ist ; in diesem Falle besteht gegen einen deutschen Träger der Krankenversicherung kein Anspruch auf Leistungen.

2. Personen, die zuletzt in Österreich für den Fall der Krankheit versichert waren und im Deutschen Reich Arbeitslosenunterstützung beziehen und infolgedessen im Deutschen Reiche für den Fall der Krankheit versichert sind, haben gegen den österreichischen Träger der Krankenversicherung keinen Anspruch auf Leistungen.

### II. RENTENVERSICHERUNGEN.

#### Artikel 12.

Bei Anwendung der gesetzlichen Vorschriften des einen Staates über die Abfindung von Ansprüchen aus den Rentenversicherungen (Artikel 1 Ziffer 2 bis 7) gilt der Aufenthalt im anderen Staate für Berechtigte, die einem der beiden Staaten angehören, nicht als Aufenthalt im Ausland.

#### Artikel 13.

1. Den österreichischen Bundesbürgern werden deutsche Reichsangehörige gleichgestellt :

a) in der österreichischen Pensionsversicherung der Angestellten für den Fall des § 136 Abs. 2 und 6 sowie für die Anrechnung von Vordienstzeiten nach § 126 Abs. 1 Ziffer 3 und § 127 Abs. 2 lit. b des Angestelltenversicherungsgesetzes, falls die Vormerkung dieser Zeiten binnen drei Monaten nach Inkrafttreten des Vertrages unter Vorlage der erforder-

lichen Nachweisungen beim zuständigen Träger der Unfall- und Pensionsversicherung beantragt wird. War der Versicherte in den letzten drei Monaten vor Inkrafttreten des Vertrags nach dem Angestelltenversicherungsgesetz in Österreich nicht versichert, so genügt es, dass der Antrag auf Vormerkung binnen drei Monaten nach Eintritt in eine nach dem österreichischen Angestelltenversicherungsgesetz versicherungspflichtige Stellung eingebracht wird ;

b) in der österreichischen Invalidenversicherung für die Anrechnung von Beitragszeiten gemäss § 252 des Arbeiter- und § 238 des Landarbeiterversicherungsgesetzes.

2. Die Gleichstellung nach Abs. 1 tritt nicht ein, wenn der Antragsteller die deutsche Reichsangehörigkeit im Falle a) nicht mindestens seit dem 30. Juni 1929, im Falle b) seit dem 1. Januar 1927 besitzt.

#### Artikel 14.

Unternehmer dürfen zur Unfallversicherung des anderen Staates nicht deshalb mit höheren Versicherungsbeiträgen herangezogen werden, weil der Betrieb seinen Sitz im anderen Staate hat.

#### Artikel 15.

1. Zwischen der deutschen Angestelltenversicherung und der österreichischen Pensionsversicherung der Angestellten wird ein Gegenseitigkeitsverhältnis hergestellt.

2. Sind für einen Versicherten Beiträge zur deutschen und zur österreichischen Versicherung entrichtet, so werden diese Beitragszeiten, soweit sie sich nicht decken, für die Aufrechterhaltung der Anwartschaft, für die Erfüllung der Wartezeit und für die Zulässigkeit der freiwilligen Versicherung (Selbstversicherung und Weiterversicherung) zusammengerechnet ; diesen Beitragszeiten sind auch sonstige Zeiten gleichgestellt, die nach innerstaatlichem Rechte zur gänzlichen oder teilweisen Erfüllung der Wartezeit geeignet sind. Soweit für den Anfall der Altersrente eine besondere Zahl von Beitragsmonaten vorgeschrieben ist, werden die Beitragszeiten gleichfalls zusammengerechnet.

3. Krankheitszeiten, die nach der Gesetzgebung des einen Staates als Ersatzzeiten anzurechnen sind, erhalten die Anwartschaft auch in dem anderen Staate. Der Bezug des Ruhegeldes in dem einen Staate gilt als Ersatzzeit für die Aufrechterhaltung der Anwartschaft auch in dem anderen Staate. Die sonstigen Ersatzzeiten rechnen die Versicherungsträger jedes Staates nach ihrem innerstaatlichen Recht an.

4. Beim Eintritt eines Versicherungsfalles gewähren die Versicherungsträger beider Staaten die Rente, auf die nach den innerstaatlichen Vorschriften unter Berücksichtigung der Abs. 2 und 3 dieses Artikels ein Anspruch besteht. Von dem Grundbetrag und Kinderzuschuss sowie von dem Hilflosenzuschuss des österreichischen Rechtes ist aber nur der Teil zu zahlen, der dem Verhältnis der innerstaatlichen Beitragszeit (Abs. 2) zur Gesamtbeitragszeit entspricht. Hierbei werden in der österreichischen Beitragszeit von den nach § 128 a) Abs. 2 des österreichischen Angestelltenversicherungsgesetzes zur Vormerkung beantragten Dienstzeiten nur die Kriegsdienstzeiten berücksichtigt ; als Grundbetrag der österreichischen Waisenrente gilt die ganze Rente. Die Kürzung tritt nicht ein, wenn in einem der beiden Staaten nicht mehr als zwölf Beitragsmonate (Abs. 2) zurückgelegt sind ; in diesem Falle besteht gegen den Versicherungsträger des Staates, in dem nicht mehr als zwölf Beitragsmonate zurückgelegt sind, kein Anspruch.

5. Wird die Kriegsdienstzeit nach der Gesetzgebung beider Staaten für die Steigerungsbeträge voll berücksichtigt, so wird je die Hälfte des Steigerungsbetrags gewährt, der nach innerstaatlichem Rechte auf diese Kriegsdienstzeit entfällt. Wird die Kriegsdienstzeit nach der Gesetzgebung des einen Staates für die Steigerungsbeträge voll berücksichtigt und wäre sie nach jener des anderen Staates nur zum Teil zu berücksichtigen, so unterbleibt die Teilanrechnung.

*Artikel 16.*

1. Würde der Berechtigte nach Artikel 15 insgesamt weniger an Rente erhalten, als ihm in einem der beiden Staaten allein nach innerstaatlichen Vorschriften und auf Grund der in diesem Staate zurückgelegten Beitragszeiten zustehen würde, so hat der Versicherungsträger dieses Staates die ihm zur Last fallende Rente um den Unterschiedsbetrag zu erhöhen. Für den Vergleich wird von der Goldrelation der beiden Währungen ausgegangen.

2. Beträgt die Rente des Versicherungsträgers des einen Staates weniger als 15 Reichsmark oder 25 Schilling monatlich und steht fest, dass der Versicherungsträger des anderen Staates nicht leistungspflichtig ist, so kann der Berechtigte mit dem dreifachen Jahresbetrage der Rente abzüglich der bereits ausgezahlten Beträge abgefunden werden. Mit der Zahlung der Abfindung erlischt jeder weitere Anspruch aus den zugehörigen Beitragszeiten.

3. Artikel 15 Abs. 1 bis 3 gilt auch für Beitragserrstattungen (einmalige Abfertigung, Ausstattungsbeitrag). Die österreichische einmalige Abfertigung und der Ausstattungsbeitrag werden aber nur in dem nach Artikel 15 Abs. 4 gekürzten Masse gewährt.

*Artikel 17.*

1. Die Bestimmungen der Artikel 15 und 16 gelten entsprechend im Verhältnis zwischen der deutschen und der österreichischen Invalidenversicherung mit der Massgabe, dass als österreichischer Grundbetrag die ganze Rente gilt.

2. Der Reichszuschuss (Zuschuss aus öffentlichen Mitteln) wird nur einmal gewährt, und zwar von dem Staate, in dem der Berechtigte nicht nur vorübergehend wohnt.

*Artikel 18.*

1. Die zur österreichischen Pensionsversicherung der Angestellten (deutschen Angestelltenversicherung) entrichteten Beiträge werden zur Aufrechterhaltung der Anwartschaften aus der deutschen (österreichischen) Invalidenversicherung in der gleichen Weise berücksichtigt, wie wenn die Beiträge zur deutschen Angestelltenversicherung (österreichischen Pensionsversicherung der Angestellten) entrichtet worden wären.

2. Die zur deutschen (österreichischen) Invalidenversicherung entrichteten Beiträge werden zur Aufrechterhaltung der Anwartschaften aus der österreichischen Pensionsversicherung der Angestellten (deutschen Angestelltenversicherung) in der gleichen Weise berücksichtigt, wie wenn die Beiträge zur österreichischen (deutschen) Invalidenversicherung entrichtet worden wären.

3. Die Grundsätze der Artikel 15 und 16 für die Berechnung der Leistungen, insbesondere für die Kürzung der Grundbeträge, gelten entsprechend; die obersten Verwaltungsbehörden vereinbaren das Nähere.

*Artikel 19.*

1. Die Bestimmungen der Artikel 15 und 16 gelten entsprechend im Verhältnis zwischen

*a)* der deutschen knappschaftlichen Pensionsversicherung der Angestellten und der österreichischen Pensionsversicherung der Angestellten,

*b)* der deutschen knappschaftlichen Pensionsversicherung der Arbeiter und der österreichischen Bruderladenprovisionsversicherung,

*c)* der deutschen Angestelltenversicherung und der deutschen knappschaftlichen Pensionsversicherung der Angestellten einerseits und der österreichischen Bruderladenprovisionsversicherung andererseits,

*d)* der deutschen knappschaftlichen Pensionsversicherung der Arbeiter und der österreichischen Pensionsversicherung der Angestellten.



Als Grundbetrag der österreichischen Bruderladenprovisionsversicherung gilt hierbei die ganze Rente. Artikel 15 Abs. 2 Schlusssatz gilt nicht für die Renten nach §§ 36 und 58 des Reichsknappschaftsgesetzes.

2. In den Fällen des Abs. 1 gilt für das österreichische Recht als Grundbetrag jener der Pensionsversicherung der Angestellten, wenn die Wartezeit durch Beitragszeiten der deutschen Angestelltenversicherung, der deutschen knappschaftlichen Pensionsversicherung der Angestellten und der österreichischen Pensionsversicherung der Angestellten erfüllt ist, sonst der Grundbetrag der Bruderladenprovisionsversicherung.

3. Der Grundbetrag der deutschen knappschaftlichen Pensionsversicherung wird in den Fällen des Abs. 1, wenn mindestens 36 Beiträge zu den in Abs. 2 bezeichneten Versicherungen der Angestellten geleistet sind, aus der Angestelltenpensionskasse, sonst aus der Arbeiterpensionskasse gewährt.

#### *Artikel 20.*

Soweit nach innerstaatlichem Rechte eine Rente mit Rücksicht auf eine andere Rente gekürzt wird oder ruht, stehen die entsprechenden deutschen und österreichischen Renten einander gleich. Über die Durchführung vereinbaren die obersten Verwaltungsbehörden das Nähere.

#### *Artikel 21.*

Die Versicherungsträger beider Staaten stellen die von ihnen zu gewährenden Leistungen fest und erteilen hierüber einen Bescheid. Dem entsprechenden Versicherungsträger des anderen Staates ist vorher Gelegenheit zur Äusserung zu geben, wenn Beiträge an beide Staaten entrichtet sind. Ist der Anspruch auch ohne die Bestimmungen dieses Vertrags nach innerstaatlichem Rechte begründet, so ist eine vorläufige Leistung zu gewähren ; im übrigen kann eine vorläufige Leistung gewährt werden.

#### *Artikel 22.*

Hat ein Versicherungsträger eine Leistung festgestellt, ohne die Bestimmungen dieses Vertrags voll zu berücksichtigen, so ist die Leistung auf Grund der Vertragsbestimmungen neu festzustellen, auch wenn die Leistungsvoraussetzungen schon durch die innerstaatlichen Beitragszeiten erfüllt sind. Der frühere Bescheid wird mit der Neufeststellung unwirksam. Das gleiche gilt, wenn in den Verhältnissen, die nach den Bestimmungen dieses Vertrags für die Feststellung der Leistung massgebend sind, eine Änderung eintritt.

#### *Artikel 23.*

Die Versicherungsträger der beiden Staaten können vereinbaren, dass die nach den vorstehenden Bestimmungen zu gewährenden Teilrenten von dem einen Versicherungsträger voll ausgezahlt werden ; der andere erstattet dann laufend die ihm zur Last fallenden Beträge.

### C. SCHLUSSBESTIMMUNGEN

#### *Artikel 24.*

Bestimmungen zur Ausführung dieses Vertrags werden, soweit erforderlich, von jedem der beiden Staaten für seinen Bereich selbständig getroffen und zwar auf deutscher Seite durch den Reichsarbeitsminister oder die von ihm zu bestimmende Behörde, auf österreichischer Seite durch den Bundesminister für soziale Verwaltung. Die hiernach getroffenen Bestimmungen werden der obersten Verwaltungsbehörde des anderen Staates mitgeteilt.

*Artikel 25.*

Die obersten Verwaltungsbehörden beider Staaten werden sich darüber verständigen, in welcher Weise

a) Zahlungen zur Durchführung der Sozialversicherung aus dem Gebiete des einen Staates in das des anderen möglichst einfach und mit möglichst geringen Kosten bewirkt werden,

b) Beitragsrückstände oder andere aus einem Versicherungsverhältnis entstandene Forderungen der Versicherungsträger des einen Staates gegen Schuldner in dem anderen Staate begetrieben werden.

*Artikel 26.*

Die obersten Verwaltungsbehörden beider Staaten werden ermächtigt, die Bestimmungen des Abschnitts B im beiderseitigen Einvernehmen zu ergänzen oder abzuändern.

*Artikel 27.*

1. Über Streitigkeiten, die sich zwischen einem Träger oder einer Behörde der Sozialversicherung des einen Staates und einem Träger oder einer Behörde der Sozialversicherung des anderen Staates bei der Auslegung und Anwendung der Bestimmungen dieses Vertrags ergeben, entscheiden die obersten Verwaltungsbehörden beider Staaten im Einvernehmen.

2. Die von den obersten Verwaltungsbehörden beider Staaten nach Abs. 1 gemeinsam getroffenen Entscheidungen sind endgültig und für die im Abs. 1 genannten Stellen sowie für die Beteiligten bindend. Sobald das Verfahren bei der obersten Verwaltungsbehörde eines der beiden Staaten im Sinne dieses Artikels anhängig wird, ist ein sonst anhängiges Verfahren auszusetzen.

*Artikel 28.*

1. Wenn zwischen Trägern oder Behörden der Sozialversicherung beider Staaten, die zur Entscheidung über Ansprüche oder Verpflichtungen aus der Sozialversicherung berufen sind, im Einzelfalle die Frage streitig wird, ob das Recht des einen oder des anderen Staates anzuwenden ist, so soll, bis gemäss Artikel 27 über den Streit entschieden ist, eine angemessene vorläufige Fürsorge gewährt werden.

2. Zur Gewährung der Fürsorge sind der Reihe nach berufen :

a) der Versicherungsträger, bei dem die Versicherung tatsächlich begründet wurde,

b) der Versicherungsträger, bei dem ein Anspruch aus dem streitigen Beschäftigungsverhältnisse zuerst angemeldet wird.

3. Die Fürsorge besteht in den Leistungen, zu denen der nach Abs. 2 berufene Versicherungsträger nach dem für ihn geltenden Rechte verpflichtet wäre. Das aus der streitigen Beschäftigung bezogene Entgelt ist erforderlichenfalls nach der Goldrelation der Währung der beiden Staaten umzurechnen.

4. Die Träger der Rentenversicherungen können Träger der Krankenversicherung mit der Durchführung der Fürsorge betrauen.

5. Wird die vorläufige Fürsorge verweigert oder nicht in dem erforderlichen Umfang gewährt, so kann auf Beschwerde die Aufsichtsbehörde den Versicherungsträger zur Gewährung der vorläufigen Fürsorge anhalten und das Mass der Leistungen bestimmen. Bei Streit zwischen Versicherungsträgern, die nicht derselben Aufsichtsbehörde unterstehen, entscheidet die oberste Verwaltungsbehörde oder die von ihr bestimmte Stelle.

6. Der endgültig verpflichtete Versicherungsträger hat dem Versicherungsträger, der die vorläufige Fürsorge gewährt hat, die dafür gemachten Aufwendungen zu erstatten. Artikel 5 Abs. 2 gilt.

*Artikel 29.*

Oberste Verwaltungsbehörde im Sinne dieses Vertrags ist auf deutscher Seite der Reichsarbeitsminister, auf österreichischer Seite der Bundesminister für soziale Verwaltung.

*Artikel 30.*

Die Versicherungsträger beider Staaten sollen sich tunlichst gegenseitig benachrichtigen, wenn ihnen bekannt wird, dass ein Versicherter seinen Aufenthalt vom Gebiete des einen Staates in das des anderen verlegt. Die Versicherungsträger können hierüber nähere Vereinbarungen treffen.

*Artikel 31.*

Bei der Durchführung dieses Vertrags verkehren die Träger, Behörden und Gerichte der Sozialversicherung beider Staaten miteinander unmittelbar.

*Artikel 32.*

1. Dieser Vertrag soll ratifiziert werden. Die Ratifikationsurkunden werden sobald wie möglich in Berlin ausgetauscht werden.

2. Der Vertrag tritt, soweit er die Invalidenversicherung betrifft, mit den Zeitpunkten in Kraft, mit denen das österreichische Arbeiterversicherungsgesetz, und das österreichische Landarbeiterversicherungsgesetz voll in Kraft gesetzt werden. Im übrigen tritt der Vertrag mit dem ersten Tage des Monats in Kraft, der auf den Austausch der Ratifikationsurkunden folgt. Mit dem gleichen Tage tritt das Übereinkommen zwischen dem Deutschen Reiche und der Republik Österreich über die Durchführung der Sozialversicherung im zwischenstaatlichen Verkehre vom 8. Januar 1926 ausser Kraft.

3. Die Bestimmungen dieses Vertrags gelten mit Wirkung vom Tage ihres Inkrafttretens ab auch für frühere Versicherungsfälle. Bei Anwendung der Bestimmungen dieses Vertrags sind auch vor ihrem Inkrafttreten zurückgelegte Versicherungszeiten zu berücksichtigen.

4. Nachzahlungen für die Zeit vor dem Inkrafttreten finden nicht statt. Soweit bisher Renten an die Berechtigten gewährt worden sind, die höher sind als die ihnen nach diesem Vertrage zustehenden Renten, ist der Empfänger zum Rückersatz nicht verpflichtet. Soweit einmalige Leistungen gewährt sind, werden sie auf die fällig werdenden Rentenleistungen angerechnet.

5. Jeder der beiden Staaten kann den Vertrag mit sechsmonatiger Frist für den Schluss eines Kalenderjahres kündigen. Die Kündigung kann sich mit Zustimmung des anderen Staates auf einzelne Teile des Vertrags beschränken. Verpflichtungen aus Versicherungsfällen, die während der Geltung des Vertrags eingetreten sind, sind trotz der Kündigung von den auf Grund des Vertrags verpflichteten Versicherungsträgern weiter zu erfüllen. Anwartschaften, die nach den Bestimmungen dieses Vertrags aufrechterhalten sind, erlöschen durch die Kündigung des Vertrages nicht; ihre weitere Aufrechterhaltung richtet sich für die Zeit nach dem Ausserkrafttreten des Vertrages nach innerstaatlichem Recht.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten diesen Vertrag mit ihren Unterschriften versehen.

Ausgefertigt in doppelter Urschrift.

BERLIN, den 5. Februar 1930.

Adolf SIEDLER.  
Dr. Johannes KROHN.

Dr. Robert KERBER.

## SCHLUSSPROTOKOLL.

Wenn in Zukunft eine der beiden Regierungen mit einem dritten Staate einen Gegenseitigkeitsvertrag auf dem Gebiete der Sozialversicherung schliesst, werden die beiden Regierungen prüfen, ob und in welcher Weise die in dem Vertrage niedergelegten Grundsätze der Gegenseitigkeit auch auf die Versicherung ihrer Staatsangehörigen in diesem Staate ausgedehnt werden können und sollen.

BERLIN, den 5. Februar 1930.

Adolf SIEDLER.  
Dr. Johannes KROHN.

Dr. Robert KERBER.

<sup>1</sup> TRADUCTION.

N<sup>o</sup> 2746. — TRAITÉ ENTRE LE REICH ALLEMAND ET LA RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE CONCERNANT LES ASSURANCES SOCIALES. SIGNÉ A BERLIN, LE 5 FÉVRIER 1930.

LE PRÉSIDENT DU REICH ALLEMAND et LE PRÉSIDENT FÉDÉRAL DE LA RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE, animés du désir de compléter et d'adapter à l'état actuel de la législation des deux pays les stipulations de l'Accord austro-allemand du 8 janvier 1926 relatif à l'application réciproque des mesures d'assurance sociale ainsi que de préparer l'extension des principes de réciprocité à l'assurance invalidité des travailleurs, conformément aux dispositions du Protocole final du 8 janvier 1926, ont nommé pour leurs plénipotentiaires :

## LE PRÉSIDENT DU REICH ALLEMAND :

Le D<sup>r</sup> Adolf SIEDLER, conseiller de légation référendaire au Ministère des Affaires étrangères, et  
Le D<sup>r</sup> Johannes KROHN, conseiller ministériel au Ministère du Travail du Reich ;

<sup>1</sup> TRANSLATION.

No. 2746. — TREATY BETWEEN THE GERMAN REICH AND THE REPUBLIC OF AUSTRIA CONCERNING SOCIAL INSURANCE. SIGNED AT BERLIN, FEBRUARY 5, 1930.

THE PRESIDENT OF THE GERMAN REICH and THE FEDERAL PRESIDENT OF THE AUSTRIAN REPUBLIC, being desirous of supplementing and adapting the provisions of the Austro-German Agreement of January 8, 1926, concerning the reciprocal application of measures of social insurance to the present State of the legislation of the two countries and of preparing for the extension of the principles of reciprocity to invalidity insurance for workers, in accordance with the provisions of the Final Protocol of January 8, 1926, have appointed as their Plenipotentiaries :

## THE PRESIDENT OF THE GERMAN REICH :

Dr. Adolf SIEDLER, Reporting Counsellor of Legation in the Ministry of Foreign Affairs, and  
Dr. Johannes KROHN, Ministerial Counsellor in the Ministry of Labour of the Reich ;

<sup>1</sup> Traduction du Bureau international du Travail.

<sup>1</sup> Translation of the International Labour Office.

LE PRÉSIDENT DE LA RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE :

Le Dr Robert KERBER, conseiller ministériel  
au Ministère fédéral de la prévoyance  
sociale ;

Lesquels, après s'être communiqué leurs pleins  
pouvoirs trouvés en bonne et due forme, sont  
convenus des dispositions suivantes :

## A. DISPOSITIONS GÉNÉRALES

### *Article premier.*

Le présent traité est applicable :

1<sup>o</sup> A l'assurance-maladie des ouvriers  
(y compris les ouvriers agricoles) et des  
employés ;

2<sup>o</sup> A l'assurance-accidents des ouvriers  
(y compris les ouvriers agricoles) et des  
employés ;

3<sup>o</sup> A l'assurance-pension minière des  
ouvriers et employés dans le Reich alle-  
mand ;

4<sup>o</sup> A l'assurance-pension minière en Au-  
triche ;

5<sup>o</sup> A l'assurance-invalidité des ouvriers  
(y compris les ouvriers agricoles) ;

6<sup>o</sup> A l'assurance des employés dans le  
Reich allemand ;

7<sup>o</sup> A l'assurance-pension des employés  
en Autriche.

### *Article 2.*

1. En principe, l'application de l'assurance  
sociale sous les différentes formes énumérées  
à l'article premier est régie par les prescriptions  
légalés de l'Etat sur le territoire duquel est  
exercée l'occupation déterminant l'assurance.  
Cette règle comporte les exceptions suivantes :

(a) Lorsque des salariés d'une entreprise  
(d'un employeur) ayant son siège (domicile)  
dans l'un des Etats sont détachés, en vue  
d'une occupation temporaire, dans le terri-  
toire de l'autre Etat, sont applicables, pour  
la durée d'un an, les prescriptions légales

THE FEDERAL PRESIDENT OF THE AUSTRIAN  
REPUBLIC :

Dr. Robert KERBER, Ministerial Counsellor  
in the Federal Ministry for Social Insur-  
ance,

Who, having communicated their full powers,  
found in good and due form, agreed as follows :

## A. GENERAL PROVISIONS.

### *Article 1.*

This Treaty shall cover the following :

1. Sickness insurance of wage-earning  
and salaried employees (including wage-  
earning employees in agriculture) ;

2. Accident insurance of wage-earning  
and salaried employees (including wage-  
earning employees in agriculture) ;

3. Insurance of wage-earning and salaried  
employees under the miners' pension insur-  
ance in Germany ;

4. Miners' pension insurance in Austria ;

5. Invalidity insurance of wage-earning  
employees (including wage-earning emp-  
loyees in agriculture) ;

6. Salaried employees' insurance in Ger-  
many ;

7. Salaried employees' pension insurance  
in Austria.

### *Article 2.*

(1) The legislative provisions of the State  
in whose territory the employment on which  
insurance is based is carried on shall apply as  
a rule with respect to the administration of the  
branches of social insurance specified in Arti-  
cle 1. The following cases shall be exceptions  
to this rule :

(a) If an employee is sent by an  
establishment (employer) which (who) has  
its head office (his place of residence) in  
one State to undertake temporary employ-  
ment in the territory of the other State,  
the legislative provisions of the State in

de l'Etat où est situé le siège de l'entreprise (le domicile de l'employeur) par laquelle (lequel) l'assuré est détaché. Les prescriptions légales de cet Etat sont également applicables aux occupations qui, par leur nature, exigent des séjours répétés, mais dont chacun n'excède pas un an, dans le territoire de l'autre Etat.

*b) A l'assurance des agents :*

1<sup>o</sup> Des entreprises publiques de transport de l'un des Etats qui — soit passagèrement, soit durablement sur des lignes de raccordement ou dans des gares frontalières — sont occupés dans le territoire de l'autre Etat.

2<sup>o</sup> Des entreprises du Reich allemand, des Pays allemands, des communes et unions de communes et des entreprises de la République d'Autriche, des Pays fédérés autrichiens, des communes et caisses publiques qui sont occupés dans le territoire de l'autre Etat.

Sont applicables les prescriptions légales de l'Etat où se trouve le siège de celui des organes de l'entreprise auquel lesdits agents sont soumis dans les affaires les concernant à titre de salariés. Pour la Société des chemins de fer du Reich allemand, les chemins de fer fédéraux autrichiens et les administrations des postes respectives, on se réglera d'après le siège de l'organe administratif supérieur.

Sont également considérées comme entreprises, au sens des dispositions en *a)* et *b)*, les succursales et autres établissements permanents qu'une entreprise, dont le siège se trouve dans l'un des Etats, fonde dans l'autre Etat.

*c) A l'assurance du personnel des représentations diplomatiques et consulaires de carrière respectives et des autres organes officiels (bureaux de douane, etc.) de l'un des Etats ayant leur siège dans l'autre Etat, sont applicables les prescriptions légales de l'Etat qui les a détachés, lorsque ledit personnel ressortit à cet Etat. Il en est de même pour l'assurance du personnel des directeurs et des membres et autres fonc-*

which the establishment by which he is sent has its head office (the State in which the employer is resident) shall apply for a period of one year. The legislative provisions of that State shall also apply to employment which owing to its nature necessitates repeated sojourn in the territory of the other State for periods not exceeding one year on each occasion.

*(b) In respect of the insurance of employees :*

(1) Of public transport undertakings of one State who are employed in the territory of the other State either permanently at junctions or frontier stations or temporarily,

(2) Of establishments belonging to the German Federal Government, the German States, communes and federations of communes, and of establishments belonging to the Republic of Austria, the Austrian Federal Provinces, communes and public funds, who are employed in the territory of the other State,

the legislative provisions of the State in which are situated the head office of the branch of the establishment to which the employee in question is subordinated in respect of questions of employment shall apply. In the case of the German Federal Railway Company, the Austrian Federal Railways and the Post Office departments of both States, the head office of their superior administrative department shall be the decisive factor.

A branch office or other permanent organisation set up in one State by an establishment which has its head office in the other State shall also be deemed to be an establishment for the purposes of the provisions laid down under *(a)* and *(b)*;

*(c) In respect of the insurance of employees of the diplomatic and consular services and other official departments (Customs offices, etc.) of one State which have their offices in the other State, the legislative provisions of the State by which they are employed shall apply, provided that the employees in question are nationals of that State. The same rule shall apply to the insurance of the*

tionnaires desdits organes. Dans l'assurance-maladie toutefois, sont applicables les prescriptions légales de l'Etat où l'assuré est détaché, lorsque l'employeur le demande.

2. Les autorités administratives suprêmes des deux Etats pourront, d'un commun accord, admettre des dérogations à la réglementation du paragraphe premier, soit dans des cas isolés, soit pour un ensemble de cas.

3. Lorsqu'un accident survenu dans un des Etats tombe sous les lois d'assurance-accidents de l'autre Etat, les prescriptions de ces lois sont également applicables dans la mesure où il s'agit d'autres demandes en réparation qui, en raison de l'accident, sont formulées conformément aux lois du premier Etat ; il en va de même lorsqu'une entreprise n'est assujettie à la législation sur l'assurance-accidents que dans l'un des deux Etats. Cette disposition s'appliquera par analogie aux autres branches d'assurance sociale énumérées à l'article premier.

4. Lorsque, conformément aux dispositions qui précèdent, pour une entreprise (un employeur) ayant son siège (domicile) dans l'un des Etats, le droit de l'autre Etat est applicable à une occupation dans cet Etat, ladite occupation sera, au sens dudit droit, assimilée à une entreprise.

5. L'application des prescriptions légales de l'un des Etats, conformément aux paragraphes premier, 2 et 4, a également pour effet de donner compétence aux institutions, autorités et tribunaux de l'assurance sociale de cet Etat pour l'application de l'assurance sociale.

6. Lorsque des cotisations, qui eussent dû être versées à l'institution d'assurance de l'un des Etats, sont versées à l'institution d'assurance de l'autre Etat, cette dernière institution d'assurance demeure compétente tant qu'un litige relatif à la compétence n'aura pas été légalement tranché. Le rétablissement de l'état juridique n'est effectif que pour l'avenir.

7. Les dispositions du présent article ne sont pas applicables à l'équipage des bateaux (remorqueurs, etc.) affectés à la navigation sur le Danube, ni aux autres personnes occupées en permanence sur ces bateaux, ni à l'équipage

employees of the heads and members and other officials of the services or departments mentioned. Nevertheless, as regards sickness insurance the legislative provisions of the State in which they are employed shall apply, provided that the employer requests this.

2. The supreme administrative authorities of the two States may by mutual agreement make other regulations differing from those laid down in No. 1 for individual cases or for a group of cases.

3. If an accident occurring in one State is covered by the accident insurance laws of the other State, the provisions of the said laws shall also apply in so far as relates to other claims for compensation which may be made on account of the accident in conformity with the laws of the first State ; this provision shall also apply when an establishment is covered by the accident insurance legislation of only one of the two States. This provision shall apply to the other branches of social insurance specified in Article 1, *mutatis mutandis*.

4. If in accordance with the preceding provisions in the case of an establishment (employer) which (who) has its head office (his place of residence) in one State, the law of the other State is applicable to an employment in that State, the employment shall be placed on the same footing as an establishment for the purposes of that law.

5. The application of the legislative provisions of one State in pursuance of Nos. 1, 2 and 4 shall also entail the competence of the social insurance carriers, authorities and courts of that State in connection with the administration of social insurance.

6. If contributions have been paid to an insurance carrier in one State although they should have been paid to an insurance carrier in the other State, the former insurance carrier shall be deemed to be competent until such time as any dispute concerning competence has been decided in a legally binding manner. The re-establishment of the statutory position shall apply as regards the future only.

7. The provisions of this Article shall not apply to the crews of vessels (tugs, etc.) plying on the Danube and other persons permanently employed on such vessels nor to the crews of aircraft. The supreme administrative autho-

des appareils de navigation aérienne. Les autorités administratives suprêmes des deux Etats peuvent régler par voie de convention la question de compétence en matière d'assurance relativement à ces salariés.

*Article 3.*

Chacun des Etats contractants accordera aux ressortissants de l'autre Etat et à leurs ayants droit, au point de vue des prestations de branches d'assurances sociales énumérées à l'article premier, l'égalité de traitement avec ses propres ressortissants.

*Article 4.*

1. Dans l'application de l'assurance sociale sous les différentes formes énumérées à l'article premier, les tribunaux, autorités administratives et institutions d'assurance de l'un des Etats prêteront aux tribunaux, autorités administratives et institutions d'assurance de l'autre Etat leur aide au point de vue juridique et administratif, dans la même mesure que s'il s'agissait de l'application de leur propre assurance sociale. En particulier, les institutions d'assurance de l'un des Etats vérifieront, sur demande, de la même manière que s'il s'agissait de l'application de leur propre assurance sociale, si le droit aux prestations, en ce qui concerne les personnes bénéficiant d'une indemnité d'une institution d'assurance de l'autre Etat, subsiste, et assureront les examens médicaux. De plus, les autorités procéderont, dans la même mesure que s'il s'agissait de l'application de leur propre assurance sociale, dans les cas douteux ou urgents même d'office, aux constatations nécessaires pour éclaircir les faits.

2. Le paragraphe premier est applicable par analogie à l'application de l'assurance-maladie autrichienne des agents fédéraux.

3. En ce qui concerne l'aide judiciaire, est applicable par analogie, sous réserve des dispositions du présent traité, le traité du 21 juin 1923 sur la protection légale et l'aide judiciaire (*Deutsches Reichsgesetzblatt* 1924, II, S. 55; *Oesterreichisches Bundesgesetzblatt* Nr. 138 ex 1924).

4. Les créances des institutions d'assurance de l'un des Etats à raison de cotisations arriérées

of both States may regulate by means of agreements the question of competence in insurance matters with respect to the said workers.

*Article 3.*

3. The two States shall each place the nationals of the other State and the surviving dependants of such nationals on the same footing as their own nationals and surviving dependants for the purpose of benefits under the branches of social insurance specified in Article 1.

*Article 4.*

1. In connection with the administration of the branches of social insurance specified in Article 1, the courts, administrative authorities and insurance carriers of each State shall give the courts, administrative authorities and insurance carriers of the other State legal aid and administrative assistance to the same extent as in connection with the administration of their own social insurance. In particular, the insurance carriers belonging to each State shall on request verify the continuance of the right to benefit of persons who receive compensation from an insurance carrier of the other State, and shall also make provision for medical examinations, in the same manner as in connection with the administration of the social insurance of their own State. Further, the authorities shall make the inquiries necessary for the elucidation of the facts to the same extent as in connection with the administration of their own social insurance, even acting *ex officio* in doubtful or urgent cases.

2. The provisions of No. 1 shall apply to the administration of the Austrian sickness insurance of Federal employees, *mutatis mutandis*.

3. In so far as this Treaty contains no provision to the contrary, the Treaty of 21 June, 1923, respecting legal protection and assistance (*Deutsches Reichsgesetzblatt* 1924, II, S. 55; *Oesterreichisches Bundesgesetzblatt* Ex 1924, No. 138) shall apply to legal assistance, *mutatis mutandis*.

4. The claims of insurance carriers of one State with respect to arrears of contributions



jouissent, en cas d'exécution par contrainte, ainsi que dans la procédure de faillite et de concordat (arrangement) dans l'autre Etat, des mêmes droits de priorité que les créances correspondantes des institutions d'assurance de ce dernier Etat.

*Article 5.*

1. En ce qui concerne le montant des sommes dont le remboursement pourra être exigé au titre de l'aide judiciaire et administrative, prêtée conformément à l'article 4, sont applicables les prescriptions de l'Etat auquel ressortit l'organe qui a prêté cette aide.

2. Les créances en remboursement visées au paragraphe premier échoient, sauf convention contraire, entre les organes intéressés, à la date où se clôture l'action officielle qui a donné lieu aux dépenses. Lesdites créances sont payables dans le délai d'un mois à partir de leur notification, dans la monnaie dans laquelle les dépenses ont été engagées. En cas de retard, il est dû un intérêt moratoire de six pour cent à partir du jour de l'échéance.

*Article 6.*

En cas de recours, dans des affaires concernant les branches d'assurances sociales énumérées à l'article premier, les délais légaux sont également réputés observés lorsque le recours a été formé en temps utile auprès d'une autorité de l'autre Etat compétente pour connaître des recours en matière d'assurance sociale. En pareil cas, la requête écrite doit être présentée sans délai :

Si c'est une autorité allemande qui est compétente pour statuer sur le recours, à l'Office des assurances du Reich à Berlin ;

Si c'est une autorité autrichienne qui est compétente, au ministère fédéral de l'administration sociale, à Vienne.

La requête écrite peut également être déposée directement auprès l'autorité compétente pour statuer sur le recours.

*Article 7.*

Les dispositions prises par l'un des Etats pour l'application de sa propre assurance sociale, en

shall enjoy the same privileges in enforced execution, bankruptcy and composition (settlement) proceedings in the other State as the corresponding claims of insurance carriers in the latter State.

*Article 5.*

1. With regard to the amount of the reimbursement for expenditure on legal and administrative assistance in pursuance of Article 4, the regulations of the State to which the body giving the assistance belongs shall apply.

2. Claims for reimbursement under No. 1 shall fall due at the date of the termination of the official proceedings which have caused the expenditure to be incurred, unless an agreement to the contrary has been concluded by the authorities concerned. The claims shall be paid within a month after notification, in the currency in which they were incurred. In case of delay, interest at six per cent. shall be paid from the date on which payment was due.

*Article 6.*

In matters connected with the branches of social insurance specified in Article 1, the statutory time limits for application for a legal remedy shall be deemed to have been observed if the application for a legal remedy has been made in due time to an authority of the other State which is competent to take cognisance of legal remedies in social insurance matters. In such cases the application for the legal remedy shall be transmitted at once :

To the Federal Insurance Office in Berlin, if a German authority is competent to decide respecting the legal remedy,

To the Federal Ministry of Social Administration in Vienna, if an Austrian authority is competent to decide.

The application for the legal remedy may also be lodged directly with the authority competent to decide respecting the legal remedy.

*Article 7.*

The provisions in force in each State for the administration of its own social insurance

ce qui concerne l'exemption ou la réduction du timbre ou des taxes, valent dans la même mesure pour l'application de l'assurance sociale de l'autre Etat.

system in respect of exemptions or reductions in connection with stamp duty or legal fees shall apply in the same manner to the administration of the social insurance system of the other State.

## B. DISPOSITIONS SPÉCIALES

## B. SPECIAL PROVISIONS.

### I. ASSURANCE-MALADIE.

### I. SICKNESS INSURANCE.

#### *Article 8.*

#### *Article 8.*

1. Lorsque, d'après la législation nationale, l'octroi de prestations en dehors du territoire national est subordonné à l'assentiment de l'institution d'assurance, cet assentiment n'est pas nécessaire lorsque l'assuré séjourne dans une région frontière voisine du district (ressort) de l'institution d'assurance compétente.

1. If in accordance with national legislation the grant of benefits outside the national territory is subject to the consent of the insurance carrier, such consent shall not be necessary where the insured person resides in a frontier district adjacent to the area of jurisdiction of the competent insurance carrier.

2. L'assuré qui tombe malade dans l'autre Etat, en dehors de la région frontière voisine (par. 1), a droit aux prestations de l'assurance-maladie dont est tenue envers lui l'institution d'assurance auprès de laquelle il est inscrit, aussi longtemps que son état ne lui permet pas de retourner dans le territoire de l'Etat où ladite institution d'assurance a son siège.

2. If an insured person falls ill in the other State outside the said adjacent frontier district (No. 1) he shall be entitled to the sick benefit due to him from his insurance carrier so long as he is unable, on account of his condition, to return to the territory of the State in which his insurance carrier has its head office.

3. La question de savoir si les prestations doivent être accordées par l'institution d'assurance directement ou, en premier lieu, par l'employeur est du ressort de la réglementation nationale.

3. The national regulations of each State shall decide whether the benefits are to be granted directly by the insurance carrier or in the first instance by the employer.

#### *Article 9.*

#### *Article 9.*

1. Si l'assuré séjourne dans la région frontière, l'institution d'assurance tenue aux prestations peut accorder celles-ci elle-même ou solliciter une institution d'assurance-maladie de l'autre Etat de les accorder. L'institution d'assurance ainsi sollicitée doit accorder les prestations conformément aux prescriptions valables pour l'institution d'assurance qui la sollicite. L'institution d'assurance sollicitée a droit au remboursement de ses dépenses effectives ; en ce qui concerne les dépenses au titre des prestations en nature, sont applicables, sans préjudice des dispositions de l'article 10, les barèmes que l'institution d'assurance sollicitée applique à ses propres ayants droits. Le paragraphe 2 de l'article 5 est applicable par ana-

1. If the insured person resides in the frontier district, the insurance carrier liable to pay benefit may either pay the benefit itself or request a sickness insurance carrier of the other State to pay the benefit. The latter insurance carrier shall pay the benefit in accordance with the rules which are applicable to the insurance carrier making the request. The moneys actually expended by the insurance carrier to which the request was made shall be refunded ; with regard to the repayment of the expenditure on benefit in kind the scales employed with regard to its own insured persons by the insurance carrier to which the request was made shall apply, without prejudice to the provisions of Article 10. The provisions

logie. Les institutions d'assurance intéressées peuvent convenir des dispositions de détail.

2. Les institutions d'assurance des deux parties peuvent conclure des conventions d'après les principes énoncés au paragraphe premier également pour les cas où elles sont tenues à des prestations à destination de localités situées dans l'autre Etat, en dehors de la région frontière.

#### Article 10.

En cas de soins donnés dans un hôpital (sanatorium) situé dans le territoire de l'autre Etat :

*a)* Les institutions d'assurance autrichiennes paieront les frais auxquels est tenue la caisse de maladie allemande locale ou de Pays, compétente *ratione loci*, à l'égard de ses propres assurés ;

*b)* Les institutions d'assurance allemandes (employeurs — article 8, paragraphe 3 —) paieront les frais d'entretien du tarif de la classe générale de l'établissement public de cure et de soins entrant en ligne de compte,

mais seulement jusqu'à épuisement des droits aux soins médicaux.

#### Article 11.

1. Les personnes ayant été assurées en dernier lieu dans le Reich allemand en cas de maladie et qui bénéficient en Autriche de l'indemnité de chômage ont droit aux prestations de l'assurance-maladie autrichienne comme si, immédiatement avant de tomber en chômage, elles avaient été assurées en Autriche en cas de maladie. Les prestations incombent à l'institution de l'assurance-maladie autrichienne dans le ressort de laquelle réside le bénéficiaire de l'indemnité et qui, d'après la nature de la dernière occupation de l'intéressé, serait obligatoirement compétente ; en pareil cas, aucun droit à prestations n'existe à l'égard d'une institution allemande d'assurance-maladie.

2. Les personnes ayant été assurées en dernier lieu en Autriche en cas de maladie, qui touchent dans le Reich allemand l'indemnité de chômage

of Article 5, No. 2, shall apply, *mutatis mutandis*. The insurance carriers concerned may arrange further details by agreement.

2. The two insurance carriers concerned may also come to an agreement in accordance with the principles laid down in No. 1 with respect to these cases in which they are bound to grant benefit intended for localities situated in the other State outside the frontier district.

#### Article 10.

In the case of treatment in a hospital (curative institution) in the territory of the other State, for the duration of such treatment but not after the right to medical treatment has become exhausted.

*(a)* Austrian insurance carriers shall pay the expenses which the German local or State sick fund competent for the district in question is bound to pay its own insured persons,

*(b)* German insurance carriers (employers—Article 8, No. 3) shall pay the expenses for maintenance at the rate fixed for the general category in the scale of charges of the public hospital or curative institution in question.

#### Article 11.

1. Any person who was last insured in Germany against sickness and is in receipt of unemployment benefit in Austria shall be entitled to benefit under the Austrian sickness insurance system as if he had been insured against sickness in Austria immediately before becoming unemployed. The Austrian sickness insurance carrier in the area of which the person in receipt of benefit resides and which is compulsorily competent in accordance with the nature of the said person's last employment shall be liable to pay benefit ; in this case a German sickness insurance carrier shall not be liable to pay benefit.

2. Persons who were last insured in Austria against sickness and are in receipt of unemployment benefit in Germany and are conse-

et sont, de ce fait, assurées dans le Reich en cas de maladie, n'ont aucun droit aux prestations de l'institution autrichienne d'assurance-maladie.

## II. ASSURANCE AUX FINS DE RENTE.

### Article 12.

Dans l'application des prescriptions légales de l'un des États concernant le rachat de droits au titre de l'assurance aux fins de rente (article premier, 2<sup>o</sup> à 7<sup>o</sup>), le séjour des ayants droit ressortissant à l'un des deux États dans l'autre État n'est pas considéré comme séjour à l'étranger.

### Article 13.

I. Les ressortissants du Reich allemand sont assimilés, aux confédérés autrichiens :

*a)* Dans l'assurance-pension autrichienne des employés, pour le cas visé aux alinéas 2 et 6 du paragraphe 136, ainsi que pour la totalisation de périodes de service antérieures (*Vordienstzeiten*) aux termes des paragraphes 126, alinéa premier, 3<sup>o</sup> et 127, alinéa 2 *b)* de la loi sur l'assurance des employés, à condition que l'inscription de ces périodes soit demandée dans les trois mois de l'entrée en vigueur du traité, avec pièces à l'appui, auprès de l'institution compétente de l'assurance-accidents et pension. Si l'assuré n'a pas été assuré en Autriche conformément à la loi sur l'assurance des employés dans les trois mois ayant précédé l'entrée en vigueur du traité, il suffit que la demande d'inscription s'effectue dans les trois mois de son entrée dans un emploi assujetti à l'assurance conformément à la loi autrichienne sur l'assurance des employés

*b)* Dans l'assurance-invalidité autrichienne, pour la totalisation des périodes de cotisation, conformément au paragraphe 252 de la loi sur l'assurance des ouvriers

quently insured against sickness in Germany, shall not be entitled to claim benefit from the Austrian sickness insurance carrier.

## II. PENSION INSURANCE.

### Article 12.

For the purpose of the application of the legislative provisions of one State respecting the commutation of claims under the pension insurance system (Article 1, Nos. 2—7) the residence in the other State of claimants belonging to either of the two States shall not be deemed to be residence abroad.

### Article 13.

I. Nationals of the German Federation shall be placed on the same footing as Austrian citizens :

*(a)* Under the Austrian salaried employees' pension insurance system in the cases mentioned in section 136, sub-sections 2 and 6, of the Salaried Employees' Insurance Act and for the purpose of crediting the previous periods of service (*Vordienstzeiten*) in accordance with section 126, sub-section (1), No. 3, and section 127, sub-section 2, *(b)*, of the said Act, provided that application is made within three months after the coming into operation of the Treaty to the competent accident and pension insurance carrier for registration of the said periods and that the requisite documents are produced in proof. If the insured person was not insured in Austria in accordance with the Salaried Employees Insurance Act during the three months preceding the coming into operation of the Treaty, it shall be sufficient if the application for registration is made within three months after entry into an employment which is liable to insurance in pursuance of the Austrian Salaried Employees' Insurance Act :

*(b)* Under the Austrian invalidity insurance system for the crediting of contribution periods in accordance with section 252 of the Workers' Insurance Act and

et du paragraphe 238 de la loi sur l'assurance des ouvriers agricoles.

2. L'assimilation prévue au paragraphe 1 n'a pas lieu si le requérant ne possède pas la nationalité allemande, dans le cas *a*), depuis le 30 juin 1929, au moins dans le cas *b*), depuis le 1<sup>er</sup> janvier 1927.

*Article 14.*

Les entrepreneurs ne pourront être soumis au paiement de cotisations d'assurance plus élevées à l'assurance-accidents de l'autre Etat en raison du fait que le siège de leur entreprise est situé dans l'autre Etat.

¶ *Article 15.*

1. Un rapport de réciprocité est établi entre l'assurance allemande des employés et l'assurance-pension des employés autrichienne.

2. Lorsque des cotisations sont payées pour un assuré à l'assurance allemande et à l'assurance autrichienne, les périodes de cotisation, si elles ne coïncident pas, sont additionnées pour le maintien des droits expectatifs, l'accomplissement du stage d'assurance et l'admission à l'assurance facultative (assurance personnelle et assurance continuée) sont également assimilées à ces périodes de cotisation, d'autres périodes qui, d'après le droit national, sont valables pour l'accomplissement, partiel ou total, du stage d'assurance. Lorsqu'un certain nombre de mois de cotisations est prescrit pour l'acquisition de la rente de vieillesse, les périodes de cotisation sont également additionnées.

3. Les périodes de maladie qui, d'après la législation de l'un des Etats, sont totalisées comme périodes assimilées (*Ersatzzeiten*), sont également valables au point de vue des droits expectatifs dans l'autre Etat. Le bénéfice d'une retraite, dans l'un des Etats, compte dans l'autre Etat également comme période assimilée pour le maintien des droits expectatifs. Les autres périodes assimilées sont prises en compte par les institutions d'assurance de chacun des Etats conformément au droit national.

section 238 of the Agricultural Workers' Insurance Act.

2. The assimilation provided for in No 1 shall not apply unless the applicant possessed German nationality not later than 30 June, 1929, in the case mentioned under (*a*), and not later than 1st January, 1927, in the case mentioned under (*b*).

*Article 14.*

Employers shall not be liable for higher contributions for accident insurance in the other State on the ground that the head office of the establishment is situated in the other State.

*Article 15.*

1. Reciprocity shall be established between the German salaried employees' insurance system and the Austrian salaried employees' pension insurance system.

2. If contributions have been paid in respect of an insured person both to the German and to the Austrian insurance system, the contribution periods shall be added together for the maintenance of the qualification for benefit, the completion of the qualifying period and for admission to voluntary insurance (self insurance and continued insurance), in so far as the said periods are not concurrent; further, other periods which according to national legislation are admissible for the total or partial completion of the qualifying period shall be treated as equivalent to the said contribution periods. In so far as a special number of contribution months is required for the acquisition of the old age pension, the contribution periods shall also be added together.

3. Periods of sickness which are to be credited as substitute periods (*Ersatzzeiten*) in conformity with the legislation of one State shall serve to maintain the qualification for benefit in the other State also. The receipt of a pension in one State shall be deemed to be a substitute period for the maintenance of the qualification for benefit in the other State also. The insurance carriers of each State shall credit other substitute periods in conformity with their national law.

4. Lorsque se produit l'événement motivant les prestations, les institutions d'assurance des deux Etats accordent la rente due conformément aux prescriptions nationales, et compte tenu des paragraphes 2 et 3 du présent article. Toutefois, du montant de base et du supplément pour enfants, ainsi que de l'allocation d'impotence, aux termes du droit autrichien, n'est due que la fraction correspondant au rapport entre la période de cotisation nationale (paragraphe 2) et la période de cotisation d'ensemble. Ce faisant, dans la période de cotisation autrichienne, seront seules prises en considération parmi les périodes de service dont l'inscription a été demandée conformément au paragraphe 2 du paragraphe 128 a) de la loi autrichienne sur l'assurance des employés les périodes de service de guerre ; comme montant de base de la rente d'orphelin autrichienne est prise la rente entière. Il n'est pas opéré de réduction lorsque douze mois de cotisation au plus (paragraphe 2) ont été effectués dans l'un des deux Etats ; en pareil cas, aucun droit ne peut être revendiqué à l'égard de l'institution d'assurance de l'Etat dans lequel douze mois de cotisation au plus ont été effectués.

5. Lorsque la période de service de guerre est prise entièrement en compte aux fins des majorations, conformément à la législation des deux Etats, il est accordé dans chaque Etat la moitié du montant de majoration afférent à ladite période de guerre, d'après le droit national. Lorsque, d'après la législation de l'un des Etats, la période de service de guerre est entièrement prise en compte aux fins des majorations, alors qu'elle ne serait prise en compte que partiellement d'après la législation de l'autre Etat, la prise en compte partielle n'a pas lieu.

#### *Article 16.*

1. Si, d'après l'article 15, l'ayant droit devait toucher, dans l'ensemble, une rente inférieure à celle à laquelle il aurait droit dans un seul des deux Etats, d'après les prescriptions nationales et sur la base des périodes de cotisation effectuées dans cet Etat, l'institution d'assurance de cet Etat majorera de la différence la rente dont le paiement lui incombe. La comparaison a lieu sur la base du rapport or des deux devises.

2. Si la rente d'une institution d'assurance de l'un des Etats est inférieure à 15 reichsmarks

4. On the occurrence of an event giving rise to benefit, the insurance carriers of both States shall grant the pension to which the person concerned is entitled under their respective national provisions, taking into consideration the provisions of Nos. 2 and 3 of this Article. Nevertheless, only that part of the basic amount, the children's bonus and the helpless person's bonus provided under Austrian law shall be paid which corresponds to the ratio between the national contribution period and the total contribution period. In this connection, as regards the periods of service the registration of which is applied for under section 128 a), subsection 2, of the Austrian Salaried Employees' Insurance Act, only periods of war service shall be taken into account in the Austrian contribution period ; the whole pension shall be reckoned as the basic amount of the Austrian orphans' pension. The reduction shall not be made if in one of the two States not more than twelve contribution months (No. 2) have been completed ; in this case a claim shall not lie against the insurance carrier of the State in which not more than twelve contribution months have been completed.

5. If in accordance with the legislation of both States the entire period of war service is taken into account for the purpose of the increments, half the increment which is due under national law for the said period of war service shall be granted by each State. If the entire period of war service is taken into account in accordance with the law of one State but only a part of such service is taken into consideration in accordance with the legislation of the other State, then the said part shall not be credited.

#### *Article 16.*

1. If the beneficiary would receive less under Article 15 than the pension which would be due to him in one of the two States only under its national provisions on the basis of the contribution periods completed in that State, the insurance carrier of that State shall increase the pension payable by it by the amount of the difference. The comparison shall be based on the relation between the gold standards of the two currencies.

2. If the pension of an insurance carrier of one State amounts to less than 15 Reichs-

ou 25 schillings par mois, et s'il est établi que l'institution d'assurance de l'autre Etat n'est pas tenue aux prestations, la rente pourra être rachetée moyennant versement à l'ayant droit du triple du montant annuel de la rente, sous déduction des sommes déjà payées. Le versement de l'indemnité de rachat éteint tous autres droits à raison des périodes de cotisation auxquelles elle se rapporte.

3. Les paragraphes premier à 3 de l'article 15 sont également applicables au remboursement des cotisations (indemnité de rachat une fois payée, contribution aux frais d'établissement). L'indemnité de rachat autrichienne une fois payée et la cotisation aux frais d'établissement ne sont toutefois accordées qu'avec les réductions prévues au paragraphe 4 de l'article 15.

*Article 17.*

1. Les dispositions des articles 15 et 16 sont applicables par analogie aux rapports entre l'assurance-invalidité allemande et autrichienne, avec la réserve que la rente entière est prise comme montant de base autrichien.

2. La contribution du Reich (contribution sur les deniers publics) n'est accordée qu'une fois, à savoir par l'Etat dans lequel l'ayant droit a son domicile fixe.

*Article 18.*

1. Il est tenu compte des cotisations versées à l'assurance-pension des employés autrichienne (assurance des employés allemande) pour le maintien des droits expectatifs au titre de l'assurance-invalidité allemande (autrichienne) comme si les cotisations avaient été payées à l'assurance des employés allemande (assurance-pension des employés autrichienne).

2. Il est tenu compte des cotisations versées à l'assurance-invalidité allemande (autrichienne) pour le maintien des droits expectatifs au titre de l'assurance-pension des employés autrichienne (assurance des employés allemande) comme si les cotisations avaient été payées à l'assurance-invalidité autrichienne (allemande).

mark or 25 schillings a month and if it is proved that the insurance carrier of the other State is not liable to pay benefit, the pension may be commuted by payment to the beneficiary of three times the amount of the yearly pension less the sums already paid out. Upon payment of such sum in commutation all further claims arising out of the contribution periods in question shall lapse.

3. Article 15, Nos. 1—3, shall also apply to reimbursements of contributions (payment of a lump sum by way of commutation, dowry). Nevertheless, the Austrian payment of a lump sum by way of commutation and the dowry shall not be paid except subject to the reduction provided for in Article 15, No. 4.

*Article 17.*

1. The provisions of Articles 15 and 16 shall apply to the relation between the German and Austrian invalidity insurance systems, *mutatis mutandis*, subject to the condition that the whole pension shall be reckoned as the Austrian basic amount.

2. The State grant (grant from public moneys) shall be paid once only, and by the State in which the beneficiary lives otherwise than temporarily.

*Article 18.*

1. The contributions paid to the Austrian salaried employees' pension insurance system (German salaried employee's insurance system) shall be taken into account for the maintenance of the qualification for benefit under the German (Austrian) invalidity insurance system in the same manner as if the contributions had been paid to the German salaried employees' insurance system (Austrian salaried employees' pension insurance system).

2. The contributions paid to the German (Austrian) invalidity insurance shall be taken into account for the maintenance of the qualifications for benefit under the Austrian salaried employees' pension insurance system (German salaried employees' insurance) in the same manner as if the contributions had been paid to the Austrian (German) invalidity insurance.

3. Les principes énoncés aux articles 15 et 16 pour le calcul des prestations, notamment pour la réduction des montants de base, sont applicables par analogie ; les autorités administratives suprêmes conviennent des dispositions de détail.

*Article 19.*

1. Les dispositions des articles 15 et 16 sont applicables par analogie aux rapports entre :

*a)* L'assurance-pension minière des employés allemande et l'assurance-pension des employés autrichienne ;

*b)* L'assurance-pension minière des ouvriers allemande et l'assurance-pension minière autrichienne ;

*c)* L'assurance des employés allemande et l'assurance-pension minière des employés allemande, d'une part, et l'assurance-pension minière autrichienne, d'autre part ;

*d)* L'assurance-pension minière des ouvriers allemande et l'assurance-pension des employés autrichienne.

Ce faisant, la rente entière est prise comme montant de base de l'assurance-pension minière autrichienne. La dernière phrase du paragraphe 2 de l'article 15 n'est pas applicable aux rentes aux termes des paragraphes 36 et 58 de la loi du Reich sur les caisses minières.

2. Dans les cas visés au paragraphe premier, est pris pour montant de base pour le droit autrichien le montant de base de l'assurance-pension des employés, lorsque le stage d'assurance est accompli à raison de période de cotisation à l'assurance des employés allemande, à l'assurance-pension minière des employés allemande et à l'assurance-pension des employés autrichienne ; sinon, sera pris pour montant de base le montant de base de l'assurance-pension minière.

3. Le montant de base de l'assurance-pension minière allemande est mis à la charge de la caisse de pension des employés dans les cas visés au paragraphe premier, lorsque trente-six

3. The principles laid down in Articles 15 and 16 for the calculation of benefit and in particular for the reduction of basic amounts shall apply, *mutatis mutandis*; the supreme administrative authorities shall settle further details by agreement.

*Article 19.*

1. The provisions of Articles 15 and 16 shall apply, *mutatis mutandis*, with respect to the relations between :

*(a)* The insurance of salaried employees under the German miners' pension insurance system and the Austrian salaried employees' pension insurance system,

*(b)* Insurance of wage-earning employees under the German miners' pension insurance system and of the Austrian miners' pension insurance system,

*(c)* German salaried employees' insurance and the insurance of salaried employees under the German miners' pension insurance system, on the one hand and the Austrian miners' pension insurance system, on the other,

*(d)* Insurance of wage-earning employees under the German miners' pension insurance system and the Austrian salaried employees' pension insurance system.

In this case the entire pension shall be reckoned as the basic amount for the Austrian miners' pension insurance system. The last sentence of No. 2 of Article 15 shall not apply to pensions under sections 36 and 58 of the Federal Miners' Benefit Societies Act.

2. In the cases mentioned in No. 1, the basic amount under Austrian law shall be deemed to be the basic amount for the salaried employees' pension insurance, if the qualifying period is completed by contribution periods of the German salaried employees' insurance system, the insurance of salaried employees under the German miners' pension insurance system and the Austrian salaried employees pension insurance system; in other cases the basic amount shall be deemed to be that of the Austrian miners' pension insurance system.

3. The basic amount of the German miners' pension insurance system shall be granted out of the salaried employees' pension fund in the cases mentioned in No 1, provided that



cotisations au moins ont été payées aux assurances des employés énumérées au paragraphe 2, sinon à la charge de la caisse de pension des ouvriers.

*Article 20.*

Lorsque, d'après le droit national, une rente est réduite ou suspendue en tenant compte d'une autre rente, les rentes correspondantes allemande et autrichienne sont équivalentes. L'exécution de cette disposition sera réglée en détail par convention entre les autorités administratives suprêmes.

*Article 21.*

Les institutions d'assurance des deux Etats déterminent les prestations à accorder par elles et rendent une décision à ce sujet. Lorsque les cotisations ont été versées aux deux Etats, l'institution d'assurance correspondante de l'autre Etat doit être invitée à se prononcer au préalable. Lorsqu'une créance est fondée d'après le droit national, fût-ce en dehors des dispositions du présent traité, une prestation provisoire doit être accordée ; au surplus, une prestation provisoire peut être accordée.

*Article 22.*

Lorsqu'une institution d'assurance a déterminé une prestation sans tenir pleinement compte des dispositions du présent traité, la prestation doit être déterminée à nouveau sur la base des dispositions du traité, même s'il a déjà été satisfait aux conditions relatives aux prestations par les périodes de cotisation nationale. La décision antérieure est rendue caduque par la nouvelle détermination. Il en est de même en cas de changement dans les circonstances qui sont déterminantes, conformément aux dispositions du présent traité, pour la fixation de la prestation.

*Article 23.*

Les institutions d'assurance des deux Etats peuvent convenir que les rentes partielles à accorder conformément aux dispositions qui précèdent seront payées entièrement par l'une des institutions d'assurance ; en pareil cas, l'autre remboursera à mesure les sommes qui lui incombent.

not less than thirty-six contributions have been paid to the salaried employees' insurance system specified in No. 2, and in other cases out of the wage-earning employees' pension fund.

*Article 20.*

If in accordance with national legislation a pension is reduced or suspended in consideration of another pension, the corresponding German and Austrian pensions shall be deemed to be equivalent. The supreme administrative authorities shall settle further details by agreement.

*Article 21.*

The insurance carriers of the two States shall assess the benefits to be granted by them and shall issue an award in the matter. If contributions have been paid in both States, the competent insurance carrier in the other State shall previously be given an opportunity of expressing its opinion. If a claim is justified under national legislation even without the provisions of this Treaty, provisional benefit shall be granted ; provisional benefit may also be granted in other cases.

*Article 22.*

If an insurance carrier has assessed a benefit without taking the provisions of this Treaty fully into consideration, such benefit shall be reassessed on the basis of the provisions of the Treaty even if the pre-requisite conditions for the benefit have been satisfied by the national contribution periods. The reassessment shall render the former award inoperative. The same shall apply if a change occurs in the conditions which govern the assessment of benefit in accordance with the provisions of this Treaty.

*Article 23.*

The insurance carriers of the two States may agree that the part pensions to be granted under the preceding provisions shall be paid in full by one of the insurance carriers ; the other insurance carrier shall then refund the amounts payable by it as they fall due.

## C. DISPOSITIONS FINALES

*Article 24.*

Chacun des deux Etats édictera indépendamment de l'autre pour son propre ressort, les dispositions nécessaires en vue de l'exécution du présent traité ; du côté allemand, ces dispositions seront édictées par le ministre du travail du Reich ou par l'autorité qu'il désignera, du côté autrichien, par le ministre fédéral de l'administration sociale. Les dispositions ainsi édictées seront communiquées à l'autorité administrative suprême de l'autre Etat.

*Article 25.*

Il appartiendra aux autorités administratives des deux Etats de s'entendre :

*a)* Sur la manière dont les paiements pour l'application de l'assurance sociale sur le territoire de l'autre Etat pourront être effectués le plus simplement possible et avec le moins de frais possible ;

*b)* Sur le mode de recouvrement des cotisations arriérées ou d'autres créances nées d'un lien d'assurance au bénéfice des institutions d'assurance de l'un des Etats envers des débiteurs résidant dans l'autre Etat.

*Article 26.*

Les autorités administratives suprêmes des deux Etats sont autorisées à compléter ou à modifier d'un commun accord les dispositions de la section B.

*Article 27.*

1. Les différends survenant entre une institution ou autorité de l'assurance sociale de l'un des Etats et une institution ou autorité de l'assurance sociale de l'autre Etat, au sujet de l'interprétation et de l'application des dispositions du présent traité, seront tranchés de concert par les autorités administratives supérieures des deux Etats.

2. Les décisions prises en commun par les autorités administratives suprêmes des deux

## C. FINAL PROVISIONS.

*Article 24.*

Regulations for the carrying out of this Treaty shall be issued, in so far as is necessary, by each of the two States independently for its territory, in Germany by the Federal Minister of Labour or the authority appointed by the said Minister and in Austria by the Federal Minister of Social Administration. The regulations thus issued shall be communicated to the supreme administrative authorities of the other State.

*Article 25.*

25. The supreme administrative authorities of the two States shall come to an agreement respecting the manner in which :

*(a)* Payments in connection with the administration of the social insurance system of each State may be effected in the territory of the other as simply as possible and with the least possible expense ;

*(b)* Arrears of contributions or other claims arising out of insurance brought by an insurance carrier of one State against a debtor in the other State may be recovered.

*Article 26.*

The supreme administrative authorities of both States shall have power to supplement or amend the provisions of Part B by mutual agreement.

*Article 27.*

1. The supreme administrative authorities of both States shall decide by mutual agreement respecting disputes which arise between an insurance carrier or social insurance authority of one State and an insurance carrier or social insurance authority of the other State respecting the interpretation and application of the provisions of this Treaty.

2. The decisions jointly adopted by the supreme administrative authorities of the two

Etats, conformément au paragraphe premier, sont définitives et lient les organes visés, ainsi que les intéressés. Dès que la procédure est ouverte auprès de l'autorité administrative suprême de l'un des deux Etats, au sens du présent article, toute autre procédure pendant doit être suspendue.

States in pursuance of No. 1 shall be final and shall be binding on the authorities specified in No. 1 and on the persons concerned. As soon as proceedings are instituted before the supreme administrative authority of either of the two States for the purposes of this Article, any other proceedings which are pending shall be stayed.

*Article 28.*

1. Lorsque, dans un cas isolé, une contestation s'élève entre les institutions ou autorités de l'assurance sociale des deux Etats compétentes pour trancher en matière de droits et obligations découlant de l'assurance sociale, sur le point de savoir si c'est le droit de l'un ou de l'autre des Etats qui est applicable, une assistance provisoire convenable doit être accordée, en attendant qu'il soit statué sur le litige conformément à l'article 27.

2. Sont compétentes pour accorder ladite assistance, par ordre :

a) L'institution d'assurance auprès de laquelle l'assurance est effectivement fondée ;

b) L'institution d'assurance auprès de laquelle une créance, à raison de l'occupation contestée, a été déclarée en premier lieu.

3. L'assistance consiste dans les prestations auxquelles serait tenue l'institution d'assurance compétente aux termes du paragraphe 2, d'après le droit qui la régit. La rémunération touchée à raison de l'occupation contestée doit, en cas de besoin, être convertie d'après le rapport or des devises des deux Etats.

4. Les institutions de l'assurance-rente peuvent confier à l'institution d'assurance-maladie l'application de ladite assistance.

5. Si l'assistance provisoire est refusée, ou n'est pas accordée dans la mesure nécessaire, l'autorité de surveillance peut, sur recours, contraindre l'institution d'assurance à accorder l'assistance provisoire et fixer l'étendue des prestations. En cas de litige entre institutions d'assurance qui ne sont pas soumises à la même autorité de surveillance, la décision appartient à l'autorité administrative suprême ou à l'organe qu'elle désigne.

*Article 28.*

1. If a dispute arise in an individual case between insurance carriers or the social insurance authorities of both States which are competent to decide respecting claims or duties in connection with social insurance as to whether the legislation of one or the other State is applicable, suitable provisional relief shall be given pending a decision in accordance with Article 27 concerning the dispute.

2. Relief shall be granted by the following bodies in the order given :

(a) By the insurance carrier with which the claimant has actually been insured ;

(b) By the insurance carrier which was first notified of a claim based on the employment in dispute.

3. The relief shall consist of the benefits for which the insurance carrier which is competent under No. 2 would be liable under the legislation applicable to it. The remuneration derived from the employment in dispute shall where necessary be converted according to the relation between the gold standards of the currencies of the two States.

4. The pension insurance carriers may delegate the administration of the relief to the sickness insurance carriers.

5. If provisional relief is refused or is not granted to the extent required, the supervising authority, on the receipt of a complaint, may, require the insurance carrier to grant provisional relief and may fix the amount of the benefit. In case of dispute between insurance carriers which are not subordinate to one and the same supervising authority, the supreme administrative authority or the authority appointed by it shall decide.

6. L'institution d'assurance définitivement chargée des prestations doit rembourser à l'institution d'assurance qui a accordé l'assistance provisoire les dépenses engagées par elle à ce titre. Le paragraphe 2 de l'article 5 est applicable.

*Article 29.*

Est autorité suprême, au sens du présent traité, du côté allemand, le ministre du travail du Reich, du côté autrichien, le ministre fédéral de l'administration sociale.

*Article 30.*

Les institutions d'assurance des deux Etats doivent, dans la mesure du possible, s'informer mutuellement lorsqu'elles apprennent qu'un autre assuré transfère sa résidence du territoire d'un des Etats dans celui de l'autre. Les institutions d'assurance peuvent conclure entre elles des conventions de détail à ce sujet.

*Article 31.*

Pour l'exécution du présent traité, les institutions, autorités et tribunaux d'assurance sociale des deux Etats traitent directement entre eux.

*Article 32.*

1. Le présent traité doit être soumis à ratification. Les instruments de ratification seront échangés à Berlin aussitôt que possible.

2. Le traité entrera en vigueur, en ce qui concerne l'assurance-invalidité, aux dates auxquelles la loi autrichienne d'assurance des ouvriers et la loi autrichienne d'assurance des ouvriers agricoles entreront pleinement en vigueur. Pour le surplus, le traité entrera en vigueur le premier jour du mois qui suivra l'échange des instruments de ratification. Sera abrogée à la même date la convention du 8 janvier 1926 entre le Reich allemand et la République d'Autriche concernant l'application des assurances sociales dans les relations internationales.

6. The insurance carrier which is ultimately liable shall refund to the insurance carrier which granted provisional relief any expenditure incurred in connection therewith. Article 5, No 2 shall apply.

*Article 29.*

The supreme administrative authority for the purposes of this Treaty shall be in Germany, the Federal Minister of Labour, and in Austria, the Federal Minister of Social Administration.

*Article 30.*

The insurance carriers of the two States shall advise one another as far as possible when it comes to their knowledge that an insured person is leaving the territory of one State in order to take up his residence in the territory of the other State. The insurance carriers may conclude agreements with respect to further details.

*Article 31.*

The social insurance carriers, authorities and courts of the two States shall communicate with one another directly in connection with the administration of this Treaty.

*Article 32.*

1. This Treaty shall be ratified. The instruments of ratification shall be exchanged as soon as possible in Berlin.

2. As regards invalidity insurance this Treaty shall come into operation on the dates on which the Austrian Workers' Insurance Act and the Austrian Agricultural Workers' Insurance Act are fully operative. In other respects the Treaty shall come into operation on the first day of the month following the exchange of the instruments of ratification. On the same date the Convention of 8 January, 1926, between the German Federation and the Republic of Austria concerning administration of social insurance in intercourse between the two States shall cease to be operative.

3. Les dispositions du présent traité s'appliqueront également, avec effet, à partir du jour de leur entrée en vigueur, aux cas antérieurs ayant motivé des prestations. Dans l'application des dispositions du présent traité, il y aura lieu de tenir compte également des périodes d'assurance effectuées avant leur entrée en vigueur.

4. Il ne sera pas effectué de paiements avec effet rétroactif pour la période antérieure à l'entrée en vigueur. Dans la mesure où il a été accordé jusqu'à présent à des ayants droit des rentes dont le montant était supérieur à celui des rentes auxquelles ils ont droit d'après le présent traité, les bénéficiaires ne seront pas tenus à remboursement. Lorsqu'il est accordé des prestations une fois payées, elles sont imputées sur les prestations-rente venues à échéance.

5. Chacun des deux Etats peut dénoncer le traité, moyennant un préavis de six mois, pour la fin de l'année civile. La dénonciation peut être limitée, avec l'assentiment de l'autre Etat, à certaines parties du traité. Les institutions d'assurance liées en vertu du traité devront continuer, malgré la dénonciation, à satisfaire aux obligations qui leur incombent à raison de cas ayant motivé des prestations qui se sont produits pendant la validité du traité. Les droits expectatifs, maintenus conformément aux dispositions du présent traité, ne s'éteignent pas par l'effet de la dénonciation du traité; leur maintien ultérieur est déterminé, pour la période qui suit l'abrogation du traité, par le droit national.

En foi de quoi les plénipotentiaires ont signé le présent traité.

Fait en double original.

BERLIN, le 5 février 1930.

Adolf SIEDLER.  
D<sup>r</sup> Johannes KROHN.  
D<sup>r</sup> Robert KERBER.

3. The provisions of this Treaty shall be operative as from the date of its coming into operation even with respect to preceding events giving rise to benefit. In the application of the provisions of this Treaty contribution periods completed before the coming into operation thereof shall also be taken into consideration.

4. Payments shall not be made in arrears for the period preceding the coming into operation of this Treaty. In so far as pensions have been granted to beneficiaries which are higher than the pensions due to them under this Treaty, such beneficiaries shall not be obliged to make a refund. If lump sum benefits have been granted they shall be deducted from the pension payments which become due subsequently.

5. Either of the two States may denounce the Treaty six months before the end of a calendar year. With the consent of the other State, denunciation may be restricted to particular parts of the Treaty. The liabilities in connection with events giving rise to benefit which occur during the period of operation of the Treaty shall continue to be discharged by the insurance carriers which are liable under this Treaty, in spite of the denunciation. A qualification for benefit which is maintained in conformity with the provisions of this Treaty shall not lapse on account of the denunciation of the Treaty; the revival of such qualifications shall be based on national legislation in respect of the period after the Treaty has ceased to be operative.

In faith whereof the Plenipotentiaries have signed the present Treaty.

Done in duplicate.

BERLIN, February 5, 1930.

Adolf SIEDLER.  
Dr. Johannes KROHN.  
Dr. Robert KERBER.

## PROTOCOLE FINAL

A l'avenir, lorsque l'un des deux gouvernements conclura avec un autre Etat un traité de réciprocité en matière d'assurance sociale, les deux gouvernements examineront si et de quelle manière les principes de réciprocité établis par le traité pourront et devront être étendus à l'assurance de leurs ressortissants dans ledit Etat.

BERLIN, le 5 février 1930.

Adolf SIEDLER.  
D<sup>r</sup> Johannes KROHN.  
D<sup>r</sup> Robert KERBER.

## FINAL PROTOCOL.

If one of the two Governments subsequently concludes a reciprocity treaty respecting social insurance with a third State, the two Governments shall examine the question whether and in what manner the principles of reciprocity laid down in the Treaty can and should be extended to insurance of their nationals in the said State.

BERLIN, February 5, 1930.

Adolf SIEDLER.  
Dr. Johannes KROHN.  
Dr. Robert KERBER.